

VERMERK

des	Präsidiums
für	den Konvent

<u>Betr.:</u>	Entwurf von Protokollen über
	- die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit
	- die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union

EINLEITUNG

Das Präsidium ist übereingekommen, diese beiden Protokollentwürfe dem Konvent gleichzeitig zu unterbreiten, damit dieser sich einen Überblick über die Aspekte verschaffen kann, die im Hinblick auf die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente im demokratischen Leben der Union von wesentlicher Bedeutung sind. Die Konventsmitglieder erhalten anbei:

- Erläuterungen zu den beiden Protokollen,
- in Anlage I den Präsidiumsentwurf für ein Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit,
- in Anlage II technische Anmerkungen zu diesem Protokoll,
- in Anlage III den Präsidiumsentwurf für ein Protokoll über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union,
- in Anlage IV technische Anmerkungen zu diesem Protokoll.

Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit

Der Europäische Rat hat in seiner Erklärung von Laeken an die Erwartungen der europäischen Bürger erinnert, die "ein klares, transparentes, wirksames, demokratisch bestimmtes gemeinschaftliches Konzept" wünschen, nicht aber "europäische Organe, die sich mit allem und jedem befassen". In der Erklärung hat er gleichzeitig hervorgehoben, dass die Zuständigkeiten der Europäischen Union besser verteilt und abgegrenzt werden müssen, und die Frage aufgeworfen, welche Rolle die einzelstaatlichen Parlamente im Hinblick auf eine striktere Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips spielen könnten. "Sollen sie sich auf die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedstaaten konzentrieren, indem sie beispielsweise vorab die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips kontrollieren?"

Die Gruppe I hat sich bemüht, Antworten auf die Fragen zu finden, die in der Erklärung von Laeken hinsichtlich des Subsidiaritätsprinzips aufgeworfen werden. Sie hat eine Reihe von Vorschlägen angenommen, die in ihren Schlussbericht (CONV 286/02) aufgenommen wurden. Die Gruppe hat sich auf einige Grundsätze ("goldene Regeln") und Leitlinien verständigt, die eine bessere Anwendung des Grundsatzes der Subsidiarität gewährleisten sollen, ohne dass die Beschlussfassung der Organe durch diese Verbesserungen erschwert oder gar blockiert wird. Sie ist überdies zu der Auffassung gelangt, dass es sich bei dem Subsidiaritätsprinzip um ein im Wesen politisches Prinzip handelt, für das in erster Linie politische Organe zuständig sein sollten. Die Gruppe hat Einvernehmen über eine Reihe von Vorschlägen erzielt, die sich den drei folgenden Schwerpunkten zuordnen lassen:

- Verbesserung der Berücksichtigung und der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips durch die am Rechtsetzungsprozess beteiligten Organe,
- Schaffung eines politischen Frühwarnmechanismus ("early warning system"), das die Überwachung der Achtung des Subsidiaritätsprinzips durch die einzelstaatlichen Parlamente verbessern soll. Dieser Mechanismus würde es den einzelstaatlichen Parlamenten ermöglichen, binnen sechs Wochen nach der Übermittlung eines Kommissionsvorschlags für einen Rechtsakt den europäischen Organen eine begründete Stellungnahme vorzulegen, in der sie ihre Befürchtungen in Bezug auf die Verletzung des Subsidiaritätsprinzips zum Ausdruck bringen.
- Lockerung der Voraussetzungen für die Erhebung einer Klage beim Gerichtshof wegen Missachtung des Subsidiaritätsprinzips.

Diese Vorschläge sind auf der Plenartagung am 3. und 4. Oktober 2002 (vgl. CONV 331/02) ausführlich erörtert worden. Im Vordergrund standen dabei insbesondere der Frühwarnmechanismus sowie die Frage, wie dieser funktionieren und unter welchen Voraussetzungen Klage beim Gerichtshof erhoben werden kann. Abschließend hat der Vorsitzende festgestellt, dass die im Bericht der Gruppe enthaltenen Vorschläge weit gehend auf Zustimmung stoßen. Eine Reihe von Themen bzw. Fragen müssten allerdings noch eingehender geprüft werden, nämlich

- die Frage, ob das Recht zur Auslösung des Frühwarnmechanismus dem Parlament als solchem oder im Falle von Mitgliedstaaten mit einem Zweikammersystem jedem der beiden Kammern des Parlaments gewährt werden soll,
- die Festlegung der Anzahl der nationalen Parlamente, deren Einspruch erforderlich ist, damit die Kommission einen Vorschlag erneut prüfen muss,
- die Frage, ob die Auslösung des Frühwarnmechanismus und das Recht auf Anrufung des Gerichtshofs miteinander verknüpft werden müssen.

Nach erneuter Prüfung dieser Fragen ist das Präsidium übereingekommen, Folgendes vorzuschlagen:

- Die Befugnis zur Auslösung des Frühwarnmechanismus sollte jedem einzelstaatlichen Parlament gewährt werden; dabei wäre es Sache des jeweiligen Parlaments, die internen Verfahren für die Anhörung seiner beiden Kammern (im Falle eines Zweikammersystems) und/oder gegebenenfalls der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen festzulegen.
- Die Schwelle sollte - wie von der Gruppe vorgeschlagen - auf ein Drittel der einzelstaatlichen Parlamente festgesetzt werden.
- Der Gerichtshof sollte für die Prüfung der Klagen zuständig sein, die von den Mitgliedstaaten, gegebenenfalls auf Ersuchen ihrer einzelstaatlichen Parlamente und/oder ihrer Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen, wegen Verstoßes gegen das Subsidiaritätsprinzip eingereicht werden. Der Ausschuss der Regionen sollte für die Rechtsakte, zu denen er konsultiert worden ist, ebenfalls diese Möglichkeit haben.

Protokoll über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union

Wie es in der Erklärung von Laeken heißt, bezieht die Europäische Union "ihre Legitimität aus den demokratischen Werten, für die sie eintritt, den Zielen, die sie verfolgt, und den Befugnissen und Instrumenten, über die sie verfügt"; das europäische Projekt beziehe "seine Legitimität jedoch auch aus demokratischen, transparenten und effizienten Organen". Darüber hinaus leisteten auch die einzelstaatlichen Parlamente "einen Beitrag zu seiner Legitimierung"; in der im Anhang zum Vertrag von Nizza enthaltenen Erklärung zur Zukunft der Union sei darauf hingewiesen worden, dass geprüft werden müsse, welche Rolle ihnen im europäischen Aufbauwerk zukommt.

Aus diesem Bewusstsein heraus ist die Gruppe IV des Konvents "Rolle der einzelstaatlichen Parlamente" eingesetzt worden. Die Gruppe hat sich mit drei verschiedenen Themenblöcken befasst: mit der Rolle der einzelstaatlichen Parlamente bei der Kontrolle der Regierungen, mit der Rolle der einzelstaatlichen Parlamente bei der Überwachung der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips (das vor allem Thema der Gruppe I des Konvents ist) sowie mit der Rolle und der Funktionsweise der interparlamentarischen Mechanismen und Beziehungen. Die Gruppe hat eine Reihe von spezifischen Empfehlungen angenommen, die insbesondere die Frage betreffen, welche Maßnahmen auf Ebene der Unionsorgane zu ergreifen sind, um die Kontrolle der jeweiligen Regierungen durch die einzelstaatlichen Parlamente hinsichtlich der Tätigkeiten der Union zu erleichtern (CONV 353/02). Diese Empfehlungen, die in erster Linie den Zugang der einzelstaatlichen Parlamente zu Informationen betreffen, sind bei den Beratungen über den Bericht der Gruppe IV, die am 28. Oktober 2002 im Plenum des Konvents stattgefunden haben, auf weit gehende Zustimmung gestoßen (CONV 378/02).

Einige dieser Empfehlungen der Gruppe IV erfordern eine Änderung des Protokolls über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union, das dem Amsterdamer Vertrag beigelegt ist. Diese Änderungen betreffen vor allem die für die einzelstaatlichen Parlamente bestimmten Informationen über Rechtsetzungsvorschläge und sonstige Dokumente. Diesbezüglich hatte die Gruppe IV die folgenden spezifischen Empfehlungen ausgesprochen:

- Die Kommission sollte den einzelstaatlichen Parlamenten alle Vorschläge für Rechtsakte und alle Konsultationsdokumente direkt und zum selben Zeitpunkt wie dem Europäischen Parlament und dem Rat übermitteln.

- Die Kommission sollte ihre jährliche Strategieplanung sowie ihr jährliches Rechtsetzungs- und Arbeitsprogramm gleichzeitig den nationalen Parlamenten, dem Europäischen Parlament und dem Rat übermitteln.
- Der Rechnungshof sollte seinen Jahresbericht gleichzeitig den nationalen Parlamenten, dem Europäischen Parlament und dem Rat zuleiten.
- Die Beratungsergebnisse des Rates sollten den nationalen Parlamenten (und dem Europäischen Parlament) zum gleichen Zeitpunkt wie den Regierungen zugeleitet werden.

In dem Entwurf zur Änderung des Protokolls wird den von der Gruppe IV empfohlenen Maßnahmen Rechnung getragen. Darüber hinaus werden bestimmte technische Änderungen zur Anpassung des Wortlauts des Protokolls an die Beratungsergebnisse des Konvents vorgeschlagen (Empfehlungen der Arbeitsgruppe IX betreffend die Vereinfachung der Bezeichnung der Rechtsakte; Bezugnahmen auf die Artikel im ersten oder zweiten Teil der Verfassung). Außerdem wurde ein Absatz mit einer Bezugnahme auf das Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit hinzugefügt, um die beiden Protokollen zugrunde liegende Logik zu verdeutlichen.

o

o o

ENTWURF

**[PROTOKOLL] ÜBER DIE ANWENDUNG DER GRUNDSÄTZE
DER SUBSIDIARITÄT UND DER VERHÄLTNISSMÄSSIGKEIT**

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN –

IN DEM WUNSCH sicherzustellen, dass Entscheidungen in der Union so bürgernah wie möglich getroffen werden,

ENTSCHLOSSEN, die Bedingungen für die Anwendung der in Artikel 8 der Verfassung verankerten Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit festzulegen und ein System zur Kontrolle ihrer Anwendung durch die Organe zu schaffen –

HABEN folgende Bestimmungen VEREINBART, die der Verfassung als Anhang beigelegt sind:

1. Jedes Organ trägt kontinuierlich für die Einhaltung der in Artikel 8 der Verfassung niedergelegten Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit Sorge.
2. Außer im Falle besonderer Dringlichkeit oder Vertraulichkeit führt die Kommission umfassende Konsultationen durch, bevor sie einen Rechtsakt vorschlägt. Dabei ist gegebenenfalls der regionalen und lokalen Dimension der in Betracht gezogenen Maßnahmen Rechnung zu tragen.
3. Die Kommission übermittelt alle ihre Vorschläge und geänderten Vorschläge für einen Rechtsakt gleichzeitig den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten und dem Unionsgesetzgeber. Sobald das Europäische Parlament seine legislativen Entschlüsse angenommen und der Rat seine gemeinsamen Standpunkte festgelegt hat, leiten sie diese an die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten weiter.

4. Die Kommission begründet ihren Vorschlag im Hinblick auf das Subsidiaritätsprinzip. Jeder Vorschlag für einen Rechtsakt sollte einen Bogen mit detaillierten Angaben enthalten, die es ermöglichen zu beurteilen, ob das Subsidiaritätsprinzip eingehalten wurde. Dieser Bogen sollte Angaben zu den voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen des Rechtsakts sowie – im Fall eines Rahmengesetzes – zu seinen Auswirkungen auf die von den Mitgliedstaaten zu erlassenden Rechtsvorschriften enthalten, einschließlich gegebenenfalls der regionalen Rechtsvorschriften. Die Feststellung, dass ein Ziel der Union besser auf Unionsebene erreicht werden kann, muss auf qualitativen und – soweit möglich – auf quantitativen Kriterien beruhen. Die Kommission berücksichtigt dabei, dass die finanzielle Belastung und der Verwaltungsaufwand der Union, der Regierungen der Mitgliedstaaten, der regionalen und lokalen Behörden, der Wirtschaft und der Bürger so gering wie möglich gehalten werden und in einem angemessenen Verhältnis zu dem angestrebten Ziel stehen müssen.
5. Jedes nationale Parlament eines Mitgliedstaats kann binnen sechs Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung eines Vorschlags der Kommission für einen Rechtsakt in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission darlegen, weshalb der Vorschlag seines Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Dabei ist es Sache des jeweiligen nationalen Parlaments, die internen Modalitäten für die Anhörung seiner beiden Kammern im Falle eines Zweikammersystems und/oder gegebenenfalls der regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen festzulegen.
6. Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission berücksichtigen die begründeten Stellungnahmen der nationalen Parlamente.

Gibt mindestens ein Drittel der nationalen Parlamente eine begründete Stellungnahme dahin gehend ab, dass der Kommissionsvorschlag nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip in Einklang steht, so hat die Kommission den Vorschlag zu überprüfen. Nach Abschluss der Überprüfung kann die Kommission beschließen, an ihrem Vorschlag festzuhalten, ihn zu ändern oder ihn zurückzuziehen. Die Kommission begründet ihren Beschluss.

7. Auch die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten können innerhalb der Frist zwischen der Einberufung und der Sitzung des Vermittlungsausschusses eine begründete Stellungnahme abgeben, in der sie darlegen, weshalb der gemeinsame Standpunkt des Rates oder die Abänderungen des Europäischen Parlaments ihrer Ansicht nach dem Subsidiaritätsprinzip zuwiderlaufen. In der Sitzung des Vermittlungsausschusses berücksichtigen das Europäische Parlament und der Rat weitestgehend die Stellungnahmen der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten.
8. Gemäß Artikel [derzeitiger Artikel 230] der Verfassung ist der Gerichtshof für Klagen zuständig, die ein Mitgliedstaat gegebenenfalls auf Antrag seines nationalen Parlaments und gemäß seiner jeweiligen Verfassungsordnung wegen Verstoßes gegen das Subsidiaritätsprinzip erhebt. Gemäß ebendiesem Verfassungsartikel können entsprechende Klagen auch vom Ausschuss der Regionen in Bezug auf Rechtsakte, zu denen er konsultiert wurde, erhoben werden.
9. Die Kommission legt dem Europäischen Rat, dem Europäischen Parlament und dem Rat jährlich einen Bericht über die Anwendung des Artikels 8 Absatz 3 der Verfassung vor. Dieser Jahresbericht ist auch dem Ausschuss der Regionen und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss zuzuleiten.

**BEMERKUNGEN ZUM TEXTENTWURF DES
PROTOKOLLS ÜBER DIE ANWENDUNG DER GRUNDSÄTZE
DER SUBSIDIARITÄT UND DER VERHÄLTNISMÄSSIGKEIT**

Der vorgeschlagene Text lehnt sich inhaltlich an das derzeitige Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit an, das mit dem Vertrag von Nizza eingeführt wurde. Der derzeitige Wortlaut wurde allerdings gekürzt und vereinfacht, damit er formal einem Protokoll, das einer Verfassung beigelegt ist, entspricht.

In Artikel 1 wurde der Grundsatz des Artikels 1 des derzeit geltenden Protokolls übernommen, wonach die Organe für die Einhaltung der in Artikel 8 der Verfassung verankerten Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit Sorge tragen.

Artikel 2 greift im Kern Artikel 9 des derzeitigen Protokolls auf; er besagt, dass bei den Konsultationen, die die Kommission vor der Unterbreitung von Vorschlägen für Rechtsakte zu führen hat, gegebenenfalls die regionale und lokale Dimension der in Betracht gezogenen Maßnahmen berücksichtigt werden müssen.

Artikel 3 sieht entsprechend den Schlussfolgerungen der Gruppe vor, dass alle Vorschläge für Rechtsakte den einzelstaatlichen Parlamenten zum gleichen Zeitpunkt wie dem Unionsgesetzgeber (Parlament und Rat) übermittelt werden. Dasselbe gilt für die legislativen Entschlüsse des Europäischen Parlaments und die gemeinsamen Standpunkte des Rates.

Artikel 4 betrifft die Begründung des Vorschlags durch die Kommission in Form eines erläuternden Bogens, dessen Inhalt in diesem Artikel im Einzelnen dargelegt wird.

Nach Artikel 5 ist jedes nationale Parlament berechtigt, binnen sechs Wochen eine begründete Stellungnahme zu übermitteln, in der es darlegt, weshalb der betreffende Vorschlag seines Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Gemäß der vom Präsidium gewählten Lösung ist es Sache des jeweiligen nationalen Parlaments, die Anhörung seiner beiden Kammern im Falle eines Zweikammersystems und/oder gegebenenfalls der regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen zu organisieren.

Mit Artikel 6 wird eine Schwelle (ein Drittel) nebst ihrer Auswirkungen eingeführt. Wird sie überschritten, so ist die Kommission gehalten, ihren Vorschlag zu überprüfen. Sie kann an ihm festhalten, ihn ändern oder ihn zurückziehen. Sie muss ihren Beschluss begründen.

Gemäß Artikel 7 erhalten die nationalen Parlamente entsprechend den Schlussfolgerungen der Gruppe I die Möglichkeit, in der Zeit zwischen der Einberufung und der Sitzung des Vermittlungsausschusses zu intervenieren; in dem Artikel werden die diesbezüglichen Modalitäten beschrieben.

Artikel 8 betrifft den Gerichtshof. Klagen wegen Verstoßes gegen den Grundsatz der Subsidiarität werden von den Mitgliedstaaten, gegebenenfalls auf Antrag ihrer nationalen Parlamente erhoben. Sie können auch vom Ausschuss der Regionen in Bezug auf Rechtsakte, zu denen er konsultiert wurde, erhoben werden.

In Artikel 9 wurde eine in Artikel 9 des derzeitigen Protokolls enthaltene Bestimmung unverändert übernommen, wonach die Kommission dem Europäischen Rat, dem Europäischen Parlament und dem Rat jährlich einen Bericht über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vorlegt. Dieser Jahresbericht ist auch dem Ausschuss der Regionen und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss zuzuleiten.

ENTWURF
[PROTOKOLL ÜBER DIE] ROLLE DER EINZELSTAATLICHEN PARLAMENTE
IN DER EUROPÄISCHEN UNION

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN -

EINGEDENK dessen, dass die Art der Kontrolle der jeweiligen Regierungen durch die einzelstaatlichen Parlamente hinsichtlich der Tätigkeiten der Union Sache der besonderen verfassungsrechtlichen Gestaltung und Praxis jedes Mitgliedstaats ist,

IN DEM WUNSCH jedoch, eine stärkere Beteiligung der einzelstaatlichen Parlamente an den Tätigkeiten der Europäischen Union zu fördern und ihnen bessere Möglichkeiten zu geben, sich zu Fragen, die für sie von besonderem Interesse sein können, zu äußern -

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die der Verfassung beigelegt sind:

- I. Unterrichtung der Parlamente der Mitgliedstaaten
 1. Alle Konsultationsdokumente der Kommission (Grün- und Weißbücher sowie Mitteilungen) werden den Parlamenten der Mitgliedstaaten direkt von der Kommission zugeleitet.
 2. Die Kommission sendet alle ihre Vorschläge für Rechtsakte gleichzeitig mit der Übermittlung an das Europäische Parlament und an den Rat direkt an die Parlamente der Mitgliedstaaten.
 3. Die Parlamente der Mitgliedstaaten können gemäß dem im Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vorgesehenen Verfahren eine mit Gründen versehene Stellungnahme zur Übereinstimmung eines Rechtsetzungsvorschlags der Kommission mit dem Subsidiaritätsgrundsatz an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission richten.

4. Zwischen dem Zeitpunkt, zu dem ein Vorschlag für einen Rechtsakt dem Europäischen Parlament, dem Rat und den Parlamenten der Mitgliedstaaten in ihren Sprachen von der Kommission unterbreitet wird, und dem Zeitpunkt, zu dem er zur Annahme oder zur Festlegung eines Standpunkts im Rahmen des Rechtsetzungsverfahrens gemäß Artikel [X in Teil II des Vertrags über eine Verfassung für Europa] auf die Tagesordnung des Rates gesetzt wird, liegt ein Zeitraum von sechs Wochen, außer in äußerst dringenden Fällen, die in dem Rechtsakt oder gemeinsamen Standpunkt zu begründen sind.
5. Die Parlamente der Mitgliedstaaten werden auf direktem Wege über die Tagesordnungen für die Tagungen des Rates und die Ergebnisse dieser Tagungen unterrichtet.
6. Die Kommission sendet den Parlamenten der Mitgliedstaaten informationshalber, gleichzeitig mit der Übermittlung an das Europäische Parlament und den Rat, alle Dokumente für die Ausarbeitung der Rechtsetzungsprogramme oder politische Strategien, die sie dem Europäischen Parlament und dem Rat vorlegt.
7. Der Rechnungshof sendet den Parlamenten der Mitgliedstaaten informationshalber, gleichzeitig mit der Übermittlung an das Europäische Parlament und den Rat, seinen Jahresbericht.
8. Das Europäische Parlament prüft mit den einzelstaatlichen Parlamenten, wie die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten innerhalb der Europäischen Union wirksam gefördert werden kann.
9. Die am 16./17. November 1989 gegründete Konferenz der Europa-Ausschüsse kann jeden ihr zweckmäßig erscheinenden Beitrag für das Europäische Parlament, den Rat und die Kommission leisten. Diese Beiträge binden in keiner Weise die einzelstaatlichen Parlamente und präjudizieren in keiner Weise deren Standpunkt.

**KOMMENTARE ZU DEM ENTWURF EINES PROTOKOLLS ÜBER DIE ROLLE DER
EINZELSTAATLICHEN PARLAMENTE**

Für die Einleitung des Protokolls wurde der derzeitige Text verwendet, der insofern präzisiert wurde, als es nun heißt, dass die "Art der Kontrolle" der jeweiligen Regierungen durch die einzelstaatlichen Parlamente Sache der internen Gestaltung jedes Mitgliedstaats ist, und in dem die Wörter "dem Vertrag über die Europäische Union und den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften" durch " der Verfassung" ersetzt wurden. Der derzeitige Text lautet wie folgt:

"DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN -

EINGEDENK dessen, dass die Kontrolle der jeweiligen Regierungen durch die einzelstaatlichen Parlamente hinsichtlich der Tätigkeiten der Union Sache der besonderen verfassungsrechtlichen Gestaltung und Praxis jedes Mitgliedstaats ist,

IN DEM WUNSCH jedoch, eine stärkere Beteiligung der einzelstaatlichen Parlamente an den Tätigkeiten der Europäischen Union zu fördern und ihnen bessere Möglichkeiten zu geben, sich zu Fragen, die für sie von besonderem Interesse sein können, zu äußern -

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Vertrag über die Europäische Union und den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften beigelegt sind:"

Für Nummer 1 wurde der Text von Teil I des Amsterdamer Protokolls verwendet ("Alle Konsultationsdokumente der Kommission (Grün- und Weißbücher sowie Mitteilungen) werden den Parlamenten der Mitgliedstaaten unverzüglich zugeleitet.") und im Sinne der Empfehlung der Gruppe IV (direkte Übermittlung der Kommissionsdokumente an die einzelstaatlichen Parlamente) angepasst.

Nummer 2 basiert auf Nummer 2 des Amsterdamer Protokolls ("Die Vorschläge der Kommission für Akte der Gesetzgebung, wie sie vom Rat nach Artikel 207 Absatz 3 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft festgelegt werden, werden rechtzeitig zur Verfügung gestellt, so dass die Regierung jedes Mitgliedstaats dafür Sorge tragen kann, dass ihr einzelstaatliches Parlament sie gegebenenfalls erhält."), wobei die Empfehlung der Gruppe IV berücksichtigt wurde, dass die Kommission alle von ihr erstellten Vorschläge gleichzeitig mit der Vorlage beim Europäischen Parlament und beim Rat auf direktem Wege an die einzelstaatlichen Parlamente senden sollte.

Nummer 3 enthält einen Hinweis auf die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente im Rahmen des die Subsidiarität betreffenden Frühwarnmechanismus, der im Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit beschrieben ist.

Nummer 4 beruht auf dem Wortlaut von Nummer 3 des Amsterdamer Protokolls ("Zwischen dem Zeitpunkt, zu dem ein Vorschlag für einen Rechtsakt oder ein Vorschlag für eine Maßnahme nach Titel VI des Vertrags über die Europäische Union dem Europäischen Parlament und dem Rat in allen Sprachen von der Kommission unterbreitet wird, und dem Zeitpunkt, zu dem er zur Beschlussfassung entweder zur Annahme als Rechtsakt oder zur Festlegung eines gemeinsamen Standpunkts nach Artikel 251 oder Artikel 252 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft auf die Tagesordnung des Rates gesetzt wird, liegt ein Zeitraum von sechs Wochen, außer in dringenden Fällen, die in dem Rechtsakt oder gemeinsamen Standpunkt zu begründen sind."), wobei der Text entsprechend den Empfehlungen angepasst wurde, die die Gruppe IX zum Beschlussfassungsverfahren für den Erlass der Rechtssetzungsakte der Union formuliert hat. Gleichzeitig wurde die spezifische Bezugnahme auf Vorschläge für Maßnahmen nach Titel VI des Vertrags über die Europäische Union gestrichen, womit den Empfehlungen der Gruppe X zur Reform der Rechtsakte in diesem Bereich und den allgemeinen Empfehlungen der Gruppe IX zum gleichen Thema Rechnung getragen wurde, weil auch diese Maßnahmen durch den im geänderten Text enthaltenen Begriff "Vorschlag für einen Rechtsakt" abgedeckt sein müssen.

In den Nummern 5-7 werden die Empfehlungen der Gruppe IV aufgegriffen, wonach die einzelstaatlichen Parlamente über die Beratungsergebnisse des Rates (unter Hinzufügung der Tagesordnungen), die jährliche Strategieplanung sowie das jährliche Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission und den Jahresbericht des Rechnungshofes unterrichtet werden sollten.

In Nummer 8 (neu) wird der mehrfach geäußerte Wille des Europäischen Parlaments zum Ausdruck gebracht, gemeinsam mit den einzelstaatlichen Parlamenten die interparlamentarische Zusammenarbeit zu fördern.

In Nummer 9 wird in Form eines vereinfachten Texts (die in dem derzeitigen Text enthaltenen Bezugnahmen auf spezifische Bereiche können entfallen) die Kernaussage der Nummern 4-7 des derzeitigen Protokolls wiedergegeben, d.h. die Möglichkeit der COSAC (Konferenz der Europa-Ausschüsse), jeden ihr zweckmäßig erscheinenden Beitrag für das Europäische Parlament, den Rat und die Kommission zu leisten. Der die COSAC betreffende Text des Amsterdamer Protokolls lautet wie folgt:

"4. Die am 16./17. November 1989 in Paris gegründete Konferenz der Europa-Ausschüsse, im Folgenden als "COSAC" bezeichnet, kann jeden ihr zweckmäßig erscheinenden Beitrag für die Organe der Europäischen Union leisten, und zwar insbesondere auf der Grundlage von Entwürfen für Rechtstexte, deren Übermittlung an die COSAC von Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten in Anbetracht der behandelten Frage gegebenenfalls einvernehmlich beschlossen wird.

Die COSAC kann Vorschläge oder Initiativen im Zusammenhang mit der Errichtung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts prüfen, die möglicherweise unmittelbare Auswirkungen auf die Rechte und Freiheiten des Einzelnen nach sich ziehen. Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission werden über die von der COSAC nach dieser Nummer geleisteten Beiträge unterrichtet.

Die COSAC kann dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission jeden ihr zweckmäßig erscheinenden Beitrag über die Gesetzgebungstätigkeiten der Union, insbesondere hinsichtlich der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips, des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sowie der die Grundrechte betreffenden Fragen vorlegen. Die Beiträge der COSAC binden in keiner Weise die einzelstaatlichen Parlamente und präjudizieren in keiner Weise deren Standpunkt."